

11. 01. 82

Sachgebiet 63

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)

zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1982 (Haushaltsgesetz 1982)
— Drucksachen 9/770, 9/965, 9/1208 —

Bericht der Abgeordneten Walther, Hoppe und Dr. Riedl (München)

A. Allgemeine Bemerkungen

Der Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1982 wurde von Bundesfinanzminister Matthöfer in der 51. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. September 1981 eingebracht. Zugleich wurden der Finanzplan des Bundes 1981 bis 1985 in der Drucksache 9/771 und die sogenannten Begleitgesetze zum Haushalt 1982, wie der Entwurf des 2. Haushaltsstrukturgesetzes in der Drucksache 9/795 und weitere Gesetzentwürfe dazu vorgelegt und in einer verbundenen Debatte in der 52. und 53. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. und 18. September 1981 erstmals beraten. Der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1982 wurde in der 53. Sitzung an den Haushaltsausschuß überwiesen.

Dieser hatte sich zunächst das Ziel gesetzt, die Beratungen so rechtzeitig abzuschließen, daß die zweite und dritte Lesung noch im Dezember 1981 hätte stattfinden können. Ein entsprechender Zeitplan war den anderen Ausschüssen des Deutschen Bundestages auch mitgeteilt worden, um diesen mit angemessener Fristsetzung Gelegenheit zu geben, ge-

mäß § 95 Abs. 1 GO BT gutachtlich Stellung zu nehmen. Die Empfehlungen der Fachausschüsse enthält der Teil B. Der Verlauf der parlamentarischen Beratung des 2. Haushaltsstrukturgesetzes und der Begleitgesetze führte schon bald zu der Erkenntnis, daß dieser Zeitplan nicht eingehalten werden konnte. Die Ergebnisse eines sich abzeichnenden schwierigen Verfahrens im Vermittlungsausschuß sowie der Steuerschätzung aufgrund veränderter konjunktureller und arbeitsmarktpolitischer Daten mußten abgewartet und sodann in den Entwurf des Bundeshaushalts 1982 umgesetzt werden. Der Ausschuß konnte daher auch nicht der nachdrücklichen Bitte des Bundesministers der Finanzen entsprechen, seine Beratungen so abzuschließen, daß der Haushalt 1982 schon mit Beginn des Kalenderjahres 1982 hätte in Kraft treten können.

Der Ausschuß hat die Einzelpläne in zehn überwiegend ganztägigen Sitzungen beraten und abschließend am 10. Dezember 1981 die Bereinigungssitzung durchgeführt.

B. Stellungnahmen beteiligter Ausschüsse

Der Haushaltsausschuß hat die gutachtlichen Stellungnahmen der Fachausschüsse in seine Beratungen einbezogen, teilweise ist er den Anträgen gefolgt. In anderen Fällen konnte er aufgrund der Haushaltslage nicht zustimmen. Die Ergebnisse im einzelnen ergeben sich aus den Beschlußempfehlungen zu den Einzelplänen.

Die folgenden Ausschüsse haben Stellungnahmen abgegeben:

1. Auswärtiger Ausschuß (3. Ausschuß)

Der Auswärtige Ausschuß empfiehlt dem Haushaltsausschuß zu

a) Kapitel 05 02 — Titel 686 36

— Leistungen im Interesse der deutsch-französischen Verständigung —

in der Zweckbestimmung folgenden qualifizierten Sperrvermerk anzubringen: „Die Freigabe der Mittel darf nur mit Einwilligung des Auswärtigen Ausschusses und des Haushaltsausschusses erfolgen.“;

b) Kapitel 05 02 — Titel 529 02 —

— Geheime Ausgaben —

den Titelanatz von 10 Mio. DM um 1 Mio. DM auf 9 Mio. DM zu begrenzen;

c) Kapitel 05 02 — Titel 686 12 —

— Für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland außerhalb der Entwicklungshilfe —

in Anbetracht des Stellenwerts der deutschen humanitären Hilfe den veranschlagten Titelanatz von 53 Mio. DM uneingeschränkt zu genehmigen.

Der Auswärtige Ausschuß bittet den Haushaltsausschuß, seine Entscheidung über den Titelanatz nicht von den Ist-Ausgaben des laufenden Haushaltsjahres abhängig zu machen, zumal das Volumen dieses Titels von der verfügbaren globalen Minderausgabe überproportional betroffen worden ist.

Im übrigen wird vorgeschlagen, den in der Zweckbestimmung ausgebrachten Vermerk „Maßnahmen über 500 000 DM im Einzelfall bedürfen der Einwilligung des Bundesministers der Finanzen“ zu streichen.

Außerdem hat der Auswärtige Ausschuß in seiner Sitzung am 11. November 1981 einen Bericht des Bundesministers des Auswärtigen über die Lage in der Türkei entgegengenommen und die sich daraus

ergebenden Fragen, insbesondere für die deutsch-türkischen Beziehungen, eingehend erörtert.

Unter Mitwirkung des Bundesministers des Auswärtigen ist der Ausschuß einstimmig zu folgender Auffassung gekommen:

1. Die für die Türkeihilfe vorgesehenen Mittel werden in den Bundeshaushalt 1982 eingestellt.
2. Leistungen aus den vorgesehenen Titeln wird die Bundesregierung nur mit Einwilligung des Auswärtigen Ausschusses, des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages vornehmen.
3. Der Ausschuß bekräftigt die im Entschließungsantrag aller Fraktionen des Deutschen Bundestages vom 3. Juni 1981 (Drucksache 9/531) zum Ausdruck gebrachten Erwartungen hinsichtlich der weiteren Entwicklungen in der Türkei.
4. Die Bundesregierung hat ihre Bereitschaft erklärt, den beteiligten Ausschüssen im Februar 1982 erneut über die Entwicklungen in der Türkei zu berichten.

2. Innenausschuß (4. Ausschuß)

1. Zu Kapitel 06 10 — Bundeskriminalamt

- 1.1. Der Innenausschuß ersucht den Haushaltsausschuß in bezug auf den Beschluß des Bundeskabinetts, daß für die jetzt in Ausbildung befindlichen Kriminalvollzugsbeamten beim Bundeskriminalamt zur gegebenen Zeit die erforderlichen Planstellen zur Verfügung stehen müßten, die für das BMI günstigere Interpretation zu unterstützen, d. h. die erforderlichen Stellen nachzuschieben.
- 1.2. Der Innenausschuß hat die Problematik der Personalstruktur und des gesetzlichen Stellenkegels im Bundeskriminalamt aufgegriffen und ist darum besorgt, daß die Lösung dieser Problematik im gesetzlichen Rahmen vollzogen wird.
- 1.3. Der Innenausschuß ist ferner der Auffassung, daß die Beteiligung des Bundes am jetzigen Schlüssel der Kostenbeteiligung für die polizeiliche Führungsakademie in Hiltrup unverändert beibehalten werden muß.

2. Zu Kapitel 06 25 — Bundesgrenzschutz

Der Innenausschuß spricht sich dafür aus, daß für die durch das BGS-Personalstrukturgesetz vorgegebene Anpassung der Stellenstruktur an die Poli-

zeigen der Länder in 1982 die Voraussetzungen für eine Angleichung soweit geschaffen werden, als eine tatsächliche Angleichung schon in diesem Jahr möglich und notwendig ist.

Begründung

Mit dem BGS-Personalstrukturgesetz vom 3. Juni 1976, das am 1. Juli 1976 in Kraft getreten ist, soll für den Polizeivollzugsdienst des BGS eine Angleichung der Personal- und Besoldungsstruktur an die Verhältnisse bei den Länderpolizeien erreicht werden und zwar unter anderem durch Planstellenhebungen.

Folgende Hebungen sind bisher verwirklicht:

	Kapitel 0625 — BGS —	Kapitel 0601 — BMI —
im Haushalt 1976	2 758	8
im Haushalt 1977	3 700	—
im Haushalt 1978	4 002	7
im Haushalt 1979	3 535	7
im Haushalt 1980	975	6
Hebungen bisher insgesamt	14 970	28

Weitere 3 562 Planstellenhebungen im höheren, gehobenen und mittleren Polizeivollzugsdienst bedürfen noch der Realisierung.

Da im Rahmen der Ausschlußberatungen einerseits darauf hingewiesen worden war, daß vorhandene Beförderungsmöglichkeiten im mittleren Dienst beim BGS aufgrund noch fehlender persönlicher Voraussetzungen der Bediensteten derzeit nicht genutzt werden können, andererseits seitens des BMI darauf hingewiesen worden war, daß in Einzelbereichen ein Bedarf nach Stellenanhebungen bestehe, ohne daß dies bereits mit detaillierten Zahlenangaben belegt werden konnte, hat sich der Ausschuß auf die in seiner Empfehlung zum Ausdruck gebrachte Willenserklärung verständigt, die nach Vorlage konkreter Zahlenangaben spezifiziert werden sollte.

3. Zu Kapitel 06 33 — Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf (Kr. Fürth) und Bundesbeauftragter für Asylangelegenheiten beim Bundesamt

Der Innenausschuß ersucht den Haushaltsausschuß, den Vorschlag der Berichterstatter des Haushaltsausschusses in bezug auf das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge unverändert zu übernehmen, d. h. von der im Regierungsentwurf vorgesehenen Minderausgabe abzusehen und zusätzlich für Portokosten 54 000 DM zur Verfügung zu stellen, um die Einhaltung der allseitig unterstützten politischen Zielsetzung einer Beschleunigung der Asylverfahren von der personellen und sächlichen Ausstattung des Bundesamtes her zu gewährleisten.

4. Zu Kapitel 06 27 Titel 882 70 — Rhein-Bodensee-Programm

Der Innenausschuß begrüßt die Absicht, zur Erfüllung der Rechtsverpflichtungen des Bundes im Rahmen des Rhein-Bodensee-Programms (Restbetrag für 1982: 79 Mio. DM) Mittel nachzuveranschlagen. Eine zügige Abwicklung des Rhein-Bodensee-Programms erscheint nicht nur im Hinblick auf die Rechtsansprüche der Länder, sondern auch im Interesse eines wirksamen Gewässerschutzes geboten.

Begründung

Im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen hat der Bund für die Sanierung von Rhein und Bodensee auf der Grundlage eines Verwaltungsabkommens mit den Ländern einen Finanzierungsanteil von insgesamt 800 Mio. DM übernommen (Länderanteil: ebenfalls 800 Mio. DM, Gemeinden: 400 Mio. DM).

Der Bund muß als Restbetrag in 1981 und 1982 noch insgesamt 122 Mio. DM aufbringen (davon 1981: 43 Mio. DM, 1982: 79 Mio. DM). Nach Auffassung des BMF soll die Finanzierung über Ausgabereste erfolgen. Dementsprechend sieht der Regierungsentwurf 1982 nur einen Leertitel vor. Die Berichterstatter des Haushaltsausschusses haben den Titel offengehalten. Sie halten eine Finanzierung über Ausgabereste für bedenklich, weil — wie die Erfahrungen in 1981 gezeigt haben — damit größte Deckungsprobleme verbunden sind. Die Berichterstatter des Haushaltsausschusses erwarten vom BMF einen Vorschlag für die Neuveranschlagung der in 1982 erforderlichen Restmittel.

5. Zu Kapitel 06 27 Titel 532 07, Titel 685 01—03 — Umweltforschungsmittel

Der Innenausschuß bittet den Haushaltsausschuß, die im Regierungsentwurf enthaltenen Ansätze bei den Umweltforschungsmitteln nicht zu kürzen. Eine Kürzung der bereits in 1981 erheblich reduzierten Mittel würde die Vergaben neuer Vorhaben in vorrangigen Forschungsbereichen ernsthaft gefährden, z. B. Wirkung von Schadstoffen, Neufestsetzung von Emissionsgrenzwerten, Schwermetall-Problematik.

Begründung

Nach dem Ergebnis des Gesprächs der Berichterstatter des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 1. Oktober 1981 sollen die Ansätze der Umweltforschungsmittel des Bundesministers des Innern für 1982 von 68,6 Mio. DM auf 64,5 Mio. DM gekürzt werden (= – 4,1 Mio. DM). Bereits die im Haushaltsjahr 1981 vorgenommenen Kürzungen haben dazu geführt, daß nur in äußerst geringem Umfang Neuvorhaben vergeben werden können und laufende Vorhaben in die Folgejahre gestreckt werden mußten. Im langfristigen Zusammenhang muß daher eine erneute Kürzung dazu führen, daß auch für 1982 die freie Spitze für Neuvorhaben wegen der Vorbelastungen gravierend beschnitten wird.

Dadurch sind folgende vordringliche Forschungsreiche ernsthaft gefährdet:

- Wirkung von Schadstoffen (Fortschreibung TA-Luft; Forderung des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen im Energiegutachten 1981)
- Neufestsetzung von Emissionsgrenzwerten für Anlagen zur Novellierung der 4. BImSchV (Teil 3 der TA-Luft)
- Festlegung der allgemein anerkannten Regeln der Technik, speziell Organo-Halogenverbindungen, als Grundlage für Verwaltungsvorschriften nach § 7 a des Wasserhaushaltsgesetzes
- Kraftfahrzeug-Emissionen (Unterstützung der deutschen Vorschläge bei EG und ECE)
- Schwermetall-Problematik.

6. Zu Kapitel 06 27 Titel 892 01 — Investitionen auf dem Gebiet der Luftreinhaltung bei Altanlagen

Der Innenausschuß tritt dafür ein, das Altanlagenprogramm in 1982 ungekürzt fortzusetzen. Das Programm ist für die Verminderung gas- und staubförmiger Luftverunreinigungen bei Altanlagen von vorrangiger Bedeutung.

Wegen der Vielzahl der verschiedenen Schadstoffe, die im Rahmen von Modellvorhaben in großtechnischem Maßstab untersucht werden müssen, ist ein hohes Investitionsvolumen erforderlich.

Begründung

Die Berichterstatter des Haushaltsausschusses haben sich unter Hinweis auf die angespannte Haushaltslage für eine Streckung des Altanlagenprogramms ausgesprochen und eine Kürzung des Ansatzes im Regierungsentwurf (ist gleich 107,5 Mio. DM) um 5 Mio. DM vorgeschlagen.

Das Altanlagenprogramm ist im Jahre 1979 mit einem Gesamtvolumen von 560 Mio. DM (verteilt auf sechs Jahre) beschlossen worden.

Zielsetzung des Programms:

Durch Modellvorhaben im großtechnischen Maßstab soll erprobt und nachgewiesen werden, in welcher Weise Altanlagen, die in besonderem Maße zur Luftverschmutzung beitragen, einem fortschrittlichen Stand der Technik zur Verminderung gas- und staubförmiger Luftverunreinigungen angepaßt werden können. Mit diesem Demonstrationsprogramm werden die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Länder die Möglichkeiten des § 17 BImSchG nutzen können. § 17 BImSchG läßt nachträgliche Anordnungen bei Altanlagen nur zu, wenn diese für den Betreiber wirtschaftlich vertretbar und nach dem Stand der Technik erfüllbar sind.

Umfang der Maßnahmen:

Die Modellvorhaben haben sich, um die notwendigen Erkenntnisse möglichst flächendeckend gewinnen zu können, auf die verschiedenen luftverunreinigenden Schadstoffe zu erstrecken.

Zu diesen Schadstoffen gehören in erster Linie Feinstäube, schwermetallhaltige Stäube, Schwefeloxide, Schwefelwasserstoff, Fluorverbindungen und Kohlenwasserstoffe. Die notwendigerweise einzubeziehende Vielzahl an Betrieben sowie die Höhe der Investitionskosten der einzelnen Modellvorhaben machen ein hohes Investitionsvolumen erforderlich.

Eine Kürzung der Mittel müßte so wichtige Vorhaben wie das Preussag-Projekt in Oker/Harlingerode mit einem Zuschußbedarf von über 20 Mio. DM in Frage stellen.

7. Zu Kapitel 06 27 Titel 685 41, 685 42 — Forschungsmittel Reaktorsicherheit/Strahlenschutz

Der Innenausschuß tritt auch bei den Forschungsmitteln für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz dafür ein, die im Regierungsentwurf vorgesehenen Ansätze unverändert zu belassen. Andernfalls können so wichtige Projekte wie die Entwicklung von Überwachungssystemen bei Kernkraftwerken (Fernüberwachung) nicht mit der gebotenen sachlichen und zeitlichen Priorität und Vollständigkeit in Angriff genommen werden.

Begründung

Nach dem Ergebnis des Gesprächs der Berichterstatter des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 1. Oktober 1981 sollen die Ansätze der Forschungsmittel Reaktorsicherheit/Strahlenschutz des Bundesministers des Innern für 1982 von 58,5 Mio. DM auf 53,8 Mio. DM gekürzt werden (ist gleich minus 4,7 Mio. DM).

Das bedeutet für den Bereich Reaktorsicherheit:

Durch den ständigen Rückgang der verfügbaren Mittel stagniert die Vergabe neuer Vorhaben.

Da die Untersuchungen zur Reaktorsicherheit ihrer Natur nach langfristig, d. h. auf mehrere Jahre angelegt sind, dienen die Mittel für 1981 und 1982 im wesentlichen nur noch der Durchführung bereits 1980 und früher begonnener Untersuchungen. Dadurch entsteht ein im Interesse des Bevölkerungsschutzes problematischer Rückstand in der Entwicklung der nuklearen Sicherheitstechnik. Trotz mehrfacher Überprüfung der Prioritäten würden 1982 unter anderem folgende wichtige Vorhaben nicht begonnen werden können, wenn es bei dem derzeitigen, auf 33,6 Mio. DM gekürzten Ansatz bleiben sollte:

- Wiederholungsprüfungen (unverzichtbar für die mindestens gleichbleibende Sicherheit der KKW für die gesamte Betriebszeit)
- Überprüfung theoretischer Rechenmodelle durch Experimente (zur besseren Risikoabschätzung unbedingt erforderlich)
- Untersuchungen zur Lösung des Entsorgungssystems
- Verhalten von Filtern unter extremen Bedingungen (Brand, Druckausgleich bei Versagen des Druckbehälters)

Für den Bereich Strahlenschutz ergeben sich folgende Auswirkungen:

Schwerpunkte der Untersuchungen ab 1982 sind insbesondere die Entwicklung von Überwachungssystemen und den dazugehörigen Geräten und Anlagen (Fernüberwachung). Dadurch soll sichergestellt werden, daß in allen Ländern ein nach einheitlichen Kriterien funktionierendes System der Fernüberwachung zur Kontrolle und Verbindung der Ableitung von radioaktiven Stoffen, zur Überwachung des bestimmungsgemäßen Betriebes und zur Vorsorge für den Notfallschutz entwickelt und bundesweit eingeführt werden kann.

An diesem Vorhaben besteht ein dringendes Interesse des Bundes. Bei einer Kürzung des Ansatzes würde dieses Programm nicht in der im Innenausschuß geforderten Tiefe und Vollständigkeit durchgeführt werden können.

Ferner empfiehlt der Innenausschuß im Rahmen seiner gutachtlichen Beratung einstimmig dem Haushaltsausschuß, seine Entscheidungen auf der Grundlage

1. der vom Deutschen Bundestag einstimmig verabschiedeten Beschlußempfehlung des Innenausschusses in Drucksache 8/4340,
2. folgender — größtenteils der Ausschußdrucksache 8/1529 des Haushaltsausschusses entnommener — Auffassung zu treffen:

— Da bei realistischer Einschätzung nicht alle Bereiche der Zivilverteidigung in kurzer Zeit mit ausreichenden Mitteln bedient werden können, sollten die finanziellen Prioritäten wie folgt gesetzt werden:

1. Die schon bestehenden Einheiten des Katastrophenschutzes sind angemessen auszustatten, unterzubringen und auszubilden.
2. Der öffentliche Schutzraumbau sollte angemessen bedient werden.
3. Eine Kostensenkung im Bereich des Warndienstes (Senkung der fernmelde-technischen Vorhaltekosten) ist anzustreben, um mit den eingesparten Mitteln die noch bestehenden Lücken im Warndienst zu schließen.

Dabei begrüßt der Ausschuß, daß die Vervollständigung des Hubschrauberrettungsdienstes abgeschlossen ist.

— Der Öffentlichkeitsarbeit und der Unterrichtung der Bevölkerung über Fragen der zivilen

Verteidigung kommt besondere Bedeutung zu. Die Bundesregierung sollte daher wie bisher bemüht bleiben, die Aufklärung der Bevölkerung freimütig und verständlich vorzunehmen und sich ferner um eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit über das Medium „Fernsehen“ bemühen.

3. Sportausschuß (5. Ausschuß)

Der Sportausschuß hat sich mit den Sportförderungsmitteln des Bundes im Haushaltsjahr 1982 befaßt.

Der Sportausschuß vertritt die Meinung, daß bei den notwendigen Einsparungsmaßnahmen auch der Sport seinen Beitrag leisten muß, aber auch bereits geleistet hat. Er geht nach eingehenden Beratungen einstimmig davon aus, daß im Bundeshaushalt 1982 der Ansatz bei Kapitel 06 02 Titel 684 61 für „Zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports“ in Höhe von 48,0 Mio. DM nicht abgesenkt wird.

Mit großer Sorge sieht der Sportausschuß die Entwicklung bei den Ansätzen für die sportwissenschaftliche Forschung, die nach der außerordentlich großen Kürzung im Jahre 1981 ebenfalls in 1982 keine Minderung erfahren sollten.

4. Rechtsausschuß (6. Ausschuß)

Der Rechtsausschuß empfiehlt mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition, dem Einzelplan 07 zuzustimmen.

5. Finanzausschuß (7. Ausschuß)

Der Finanzausschuß hat sich mit den Ergebnissen des Arbeitskreises Steuerschätzung vom 8./9. Dezember 1981 beschäftigt und diese zur Kenntnis genommen.

Die Ergebnisse bildeten im Haushaltsausschuß die Grundlage für die Beratung des Kapitel 60 01.

6. Ausschuß für Wirtschaft (9. Ausschuß)

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Einzelplan 09 beraten und schlägt folgende Änderung vor:

Titel/ Titelgruppe	a) Zweckbestimmung b) Bemerkung	Änderungs- betrag in TDM	neuer Ge- samtbetrag TDM
	Kürzungen		
862 01	a) Förderung Kinder- und Jugendfilm b) Der Abfluß der Mittel 1981 rechtfertigt die Kürzung für 1982	250	650
686 83	a) Beiträge zu internationalen Rohstoffabkommen b) ¹⁾	20 000	42 000
712 01	a) Baumaßnahmen Ministerium b) ¹⁾	13 000	7 000
818 21	a) Rohölbevorratung b) ¹⁾	57 000	103 000
Titelgruppe 01	a) Kohlehilfen b) ¹⁾	10 000	
685 81	a) Deutsche Zentrale für Tourismus b) Die Fremdenverkehrswirtschaft wird aufgefordert, ihren Eigenbeitrag zur Gemeinschaftswerbung angemessen zu erhöhen.	554	31 000
¹⁾ Bemerkung: Die lfd. Nummern 2 bis einschließlich 5 schlagen die Verteilung der von der Bundesregierung am 28. Oktober 1981 beschlossenen globalen Minderausgaben von 100 Mio. DM auf einzelne Titelgruppen und Titel vor.			
	Erhöhungen		
684 71	a) Unterrichtung der Verbraucher b) Mit dieser Erhöhung soll die Rechtsberatung in den Verbraucherzentralen der Länder im bisherigen Umfang aufrecht erhalten werden.	200	6 760

- Titel 526 44** Abteilung von Aufträgen der Bundesressorts an wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute
- Der Ausschuß schlägt dem Haushaltsausschuß vor, dem Bundestag zu empfehlen, aus diesem Titel 300 000 DM mit einem qualifizierten Sperrvermerk zu versehen.
- Der Ausschuß für Wirtschaft beabsichtigt, den Komplex der wirtschaftswissenschaftlichen Auftragsforschung grundsätzlich mit dem Ziel der Konkretisierung von Vergabekriterien zu diskutieren und dem Haushaltsausschuß danach einen Entsperrungsvorschlag zu unterbreiten.
- Titel 532 81** Auslandsmessen
- Der Ausschuß für Wirtschaft bittet den Haushaltsausschuß, den Ansatz von 25,5 Mio. DM des Regierungsentwurfs zu belassen und keine Kürzungen vorzunehmen.
- Titel 662 74** Zinszuschüsse für Aufträge an deutsche Werften
- Der Ausschuß für Wirtschaft bittet den Haushaltsausschuß, die Zinssubvention gegenüber dem Regierungsentwurf von 3 Prozentpunkten auf 4 Prozentpunkte anzuheben.
- Daraus folgen Verpflichtungsermächtigungen für kommende Haushaltsjahre (1983 bis 1992) in Höhe von insgesamt 186 Mio. DM gegenüber dem Regierungsentwurf von 100 Mio. DM.
- Titel 685 01** Zuschuß für Projekte der Ludwig-Erhard-Stiftung e. V.
- Im Zusammenhang mit diesem gegenüber dem Vorjahr entfallenden Titel bittet der Ausschuß für Wirtschaft den Haushaltsausschuß zu prüfen, ob für die Stiftung eine Übergangsfinanzierung für 1982 möglich ist, wenn die Mittel der Stiftung aus der Wirtschaft und aus anderen Finanzquellen zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht ausreichen.
- Titel 685 55** Zuschuß an das RKW
- Der Ausschuß für Wirtschaft bittet den Haushaltsausschuß, die Bundesregierung aufzufordern, beim Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft auf eine deutlich höhere Selbstbeteiligung seiner Mitglieder hinzuwirken.
- Titel 686 83 — 628** Beiträge zu internationalen Rohstoffabkommen
- Der Ausschuß für Wirtschaft schlägt dem Haushaltsausschuß vor, dem Bundestag zu empfehlen aus diesem Titel 31 Mio. DM mit einem qualifizierten Sperrvermerk zu versehen.
- Titelgruppe 07** Verbraucherunterrichtung und Verbrauchervertretung
- Der Ausschuß für Wirtschaft bittet den Haushaltsausschuß, den Ansatz von 24,3 Mio. DM des Regierungsentwurfs zu belassen und keine Kürzungen vorzunehmen.
- Titelgruppe 12** Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
- Der Ausschuß für Wirtschaft fordert die Bundesregierung auf, in den Beratungen mit den Ländern im Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ darauf hinzuwirken, daß für das Sonderprogramm zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen an bestimmten Stahlstandorten über die regionale Investitionszulage von 8,75 v. H. hinaus auch Haushaltsmittel der Gemeinschaftsaufgabe für Investitionszuschüsse vorgesehen werden. Der Haushaltsausschuß wird gebeten, die entsprechenden haushaltsrechtlichen Ermächtigungen zusätzlich in Titelgruppe 12 bereitzustellen.
- Der Ausschuß für Wirtschaft geht davon aus, daß die beteiligten Länder ihrerseits zur Bewilligung von Haushaltsmitteln für die Förderung von Ersatzarbeitsplätzen an den betreffenden Stahlstandorten bereit sind.

7. Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

1. Zu Kapitel 10 02 Titel 532 02 wird empfohlen, für freiwillig buchführende Testbetriebe eine Teilnahmeprämie von 100 DM jährlich je Betrieb zu gewähren und hierfür 400 000 DM bereitzustellen.
2. Zu Titel 684 01 (Zuschüsse an Einrichtungen außerhalb der Bundesverwaltung) wird empfohlen:

Unter „2.3 Verband Deutscher Landwirtschaftlicher Untersuchungs- und Forschungsanstalten (VDLUFA)“ wird „— Fachgruppe Saatgut — Karlsruhe“ gestrichen:

Der Ansatz wird von 6 000 DM auf 56 000 DM erhöht.

Die Erläuterungen „zu 2.3“ erhalten folgende Fassung: „Bei den Mitgliedsanstalten des VDLUFA fallen vielfältige Forschungsergebnisse an, die für den Umweltschutz von Belang sind. Sie sollen von dem Verband gesammelt und der interessierten Öffentlichkeit in geeigneter Weise zugänglich gemacht werden. Für diese Aufgabe wird dem Verband ein Bundeszuschuß von 50 000 DM zur Verfügung gestellt.“

Die 11 amtlichen Saatgutprüfungsstationen ... (im übrigen unverändert wie Entwurf).“

Die Deckung soll aus dem Titel 685 04 (Zuschüsse für zentrale Informationsveranstaltungen, ...) gesucht werden.

3. Zur Titelgruppe 04 (Fischerei) bittet der Ausschuß, Haushaltsmittel für die Durchführung des Soforthilfeprogramms für die deutsche Seefischerei auch im Haushaltsjahr 1982 bereitzustellen.

8. Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß)**Zu Kapitel 11 04 Titel 684 02 — Verbesserung des Gefahrenschutzes im Haushalt —**

Der Ausschuß bittet, in Anbetracht steigender Unfallzahlen im häuslichen Bereich und der deshalb notwendigen Verstärkung der Information und Aufklärung der Bevölkerung über die Unfallgefahren und Unfallverhütungsmaßnahmen, schließlich im Hinblick auf die Bedeutung des Kongresses sowie der Ausstellung „Sicherheit 82“ keine Kürzung der im Jahre 1982 für diese Zwecke vorgesehenen Haushaltsmittel vorzunehmen.

9. Verteidigungsausschuß (12. Ausschuß)

Der Verteidigungsausschuß hat Kapitel 02 03 — Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages — zu-

stimmend zur Kenntnis genommen und empfiehlt dem Haushaltsausschuß die Annahme dieses Kapitels.

Zu Einzelplan 14:

- a) Zustimmung zur Kenntnisnahme bei folgenden Kapiteln:

14 01, 14 02, 14 03, 14 06, 14 07, 14 08, 14 10, 14 11, 14 12, 14 13, 14 14, 14 15, 14 16, 14 17, 14 18, 14 19, 14 22 und 14 23.

- b) Bei drei Stimmenthaltungen wurde folgender Antrag der Koalitionsfraktionen zu den Kapiteln 14 04 und 14 21 angenommen:

Die SPD- und FDP-Fraktionen beantragen, die 20 Ausbildungsplätze im Kapitel 14 21 und die 19 Ausbildungsplätze im Kapitel 14 04, die mit einem kw-Vermerk versehen sind, im Jahre 1982 nicht zu streichen.

Für die erforderlichen Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:

— Für Kapitel 14 04: Kürzung des Titels 422 02 (Bezüge der beamteten Hilfskräfte) um 200 000 DM,

— Kapitel 14 21: Kürzung des Titels 422 03 (Anwärterbezüge) um 200 000 DM.

Im übrigen wurden diese Kapitel zustimmend zur Kenntnis genommen.

- c) Einstimmig angenommen wurde folgender Antrag der Fraktion der CDU/CSU zu Kapitel 14 05:

Die Ausgaben für die Beschäftigung studentischer und wissenschaftlicher Hilfskräfte an der Bundeswehrhochschule in München, Kapitel 14 05 Titel 427 32, können bis zur Höhe der Einsparungen bei den Ausgaben für Beamte und Angestellte, Titel 422 31 und 425 31, überschritten werden.

Kapitel 14 05 wurde im übrigen zustimmend zur Kenntnis genommen.

- d) Folgender Antrag der CDU/CSU-Fraktion zu Kapitel 14 20, von dem im übrigen zustimmend Kenntnis genommen worden ist, wurde einstimmig angenommen:

1. Der Verteidigungsausschuß unterstützt den Bundesverteidigungsminister in seinem Bestreben, unter allen Umständen zu verhindern, daß das Kapitel 14 20 bei den abschließenden Haushaltsberatungen noch weiter gekürzt wird.

2. Der Verteidigungsausschuß fordert das Verteidigungsministerium auf, bei der Aufstellung künftiger Haushaltspläne das Kapitel 14 20 zu erhöhen.

- e) Ebenfalls zu Kapitel 14 20 sowie generell zum Einzelplan 14 wurde folgender Antrag der SPD-Fraktion mehrheitlich angenommen:

1. Der Verteidigungsausschuß unterstützt den Bundesverteidigungsminister in seinem Bestreben, unter allen Umständen zu verhin-

dern, daß der Einzelplan 14 bei den abschließenden Haushaltsberatungen entgegen den Vorschlägen des BMVg in der Plus-Minus-Liste vom 4. November 1981 (Ausschuß-Drucksache 9/181) noch weiter gekürzt wird.

2. Der Verteidigungsausschuß fordert das Verteidigungsministerium auf, bei der Aufstellung der Haushaltspläne das Kapitel 14 20 zu erhöhen.

10. Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit (13. Ausschuß)

Der Ausschuß hat den Einzelplan 15 beraten und einstimmig Annahme nach Maßgabe der Berichterstattervorschläge des Haushaltsausschusses empfohlen.

Dabei unterstützt der Ausschuß nachdrücklich die Erhöhung des Titels 652 11 (Garantiefonds) um 16 Mio. DM, damit der aufgrund steigender Aussiedlerzahlen vorhersehbare Mehrbedarf gedeckt werden kann. Zu Titel 684 11 (Bundesjugendplan) wird eine ungekürzte Übernahme der im Regierungsentwurf enthaltenen Ansätze auf der Grundlage der Haushaltszahlen 1981 begrüßt. Damit wird der jugendpolitischen Bedeutung dieses Titels in angemessener Weise Rechnung getragen.

Gegen die Kürzung des Titels 685 21 (Einlage in die Stiftung Hilfswerk für behinderte Kinder) werden Einwendungen nicht erhoben, da die der Stiftung zur Aufgabenerfüllung zur Verfügung stehenden Mittel ausreichen.

11. Ausschuß für Verkehr (14. Ausschuß)

Kapitel 12 10 Bundesfernstraßen

Titel 534 62 — 729 Verkehrswirtschaftliche Untersuchungen

Der Ausschuß unterstützt ausdrücklich den Berichterstattervorschlag, den Ansatz von 7 Mio. DM auf 5 Mio. DM zu reduzieren.

Kapitel 12 10 Bundesfernstraßen

Titel 821 11 Grunderwerb (Bundesautobahnen)

Der Ausschuß ist der Auffassung, daß durch eine Mittelreduzierung des Ansatzes von 196,9 Mio. DM, wie sie von den Berichterstattern erwogen wird, die weiteren Planungsarbeiten für den Straßenbau erheblich erschwert werden. Der Ausschuß empfiehlt, es insoweit bei der Regierungsvorlage zu belassen.

Kapitel 12 12 Kraftfahrt-Bundesamt

Titel 531 03 — 729 Aufklärungs- und Erziehungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Verkehrsunfälle

Der Ausschuß empfiehlt einmütig, den Ansatz von 10 Mio. DM auf 11 Mio. DM zu erhöhen. Der Ausschuß empfiehlt mit Stimmenmehrheit, diese Mittel wie folgt aufzuteilen:

DVR	4 Mio.,
Verkehrswacht	4 Mio.,
BMV	3 Mio.

Dies entspricht einem Vorschlag der Berichterstatter.

Kapitel 12 17 Luftfahrt

Titel 532 02 — 172 Forschungen und Untersuchungen auf dem Gebiete der Luftfahrt

Der Ausschuß empfiehlt, den Ansatz in der Regierungsvorlage von 1,7 Mio. DM zu belassen und entgegen den Überlegungen der Berichterstatter keine Kürzung um 400 000 DM vorzunehmen.

Die Mittel sind erforderlich, um aktuelle Untersuchungen z. B. über die Neugestaltung des Cockpits von Fluggeräten durchzuführen.

12. Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen (15. Ausschuß)

Der Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen hat mit Mehrheit beschlossen, dem federführenden Ausschuß zu empfehlen, den Einzelplan 13 anzunehmen.

Einvernehmlich wird empfohlen, zukünftig im Haushaltsplan (Einzelplan 13) auch das Eigenkapital der Deutschen Bundespost in absoluten Zahlen anzugeben.

13. Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (16. Ausschuß)

Der Ausschuß empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU/CSU-Fraktion unveränderte Annahme des Einzelplans 25.

14. Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen (17. Ausschuß)

1. Einzelplan 06 (Bundesminister des Innern)

Titel 882 61—323 (u. a. Zuschüsse für den Bau von Sportstätten im Zonenrandgebiet)

Der Ausschuß vertritt einstimmig die Ansicht, daß bei diesem Titel keinesfalls weitere Kürzungen vorgenommen werden sollten.

2. Einzelplan 09 (Bundesminister für Wirtschaft)**Titel 652 75—699 (Frachthilfe)**

Angesichts der überproportionalen Kürzung, die bei diesem Titel vorgesehen ist, sollte nach einmütiger Auffassung des Ausschusses vom Haushaltsausschuß und vom Ausschuß für Wirtschaft geprüft werden, ob nicht von einer Einsparungsmaßnahme dieses Ausmaßes abgesehen werden kann.

Zu Einzelplan 27

Der Ausschuß hat sich einmütig dafür ausgesprochen, den von den Haushaltsberichterstatern ihres Ausschusses vorgetragenen Kürzungsvorschlägen grundsätzlich zuzustimmen.

Der Ausschuß stellt außerdem einstimmig fest, daß die in Titelgruppe 01 vorgesehene 20%ige Kürzung der Mittel für die Förderung des Zonenrandgebietes über den Rahmen der sonstigen Haushaltskürzungen hinausgeht. Mit Nachdruck erinnert der Ausschuß daran, daß die Zonenrandförderung nicht nur aus politischen, sondern insbesondere aus deutschlandpolitischen Gründen erfolgt. Eine solche Kürzung läßt eine geringe Gewichtung der besonderen Probleme befürchten, die sich für das Zonenrandgebiet aus der Teilung Deutschlands ergeben.

Zu Einzelplan 09 — Kapitel 09 02 Titel 652 75 (Frachthilfe)

Der Ausschuß bringt gegenüber dem Haushaltsausschuß den Wunsch zum Ausdruck, die Frage der Frachthilfe in den abschließenden Beratungen noch einmal zu erwägen.

15. Ausschuß für Forschung und Technologie (18. Ausschuß)**Zu Einzelplan 30**

Wissenschaft und Forschung sind wesentliche Grundlagen für die Gestaltung der Zukunft. Eine angemessene staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung ist daher notwendiger Bestandteil einer vorsorgenden Politik. Ein stark angewachsenes Fördervolumen bei gleichzeitig eingeschränkten Finanzierungsmöglichkeiten muß daher dazu führen, unter Berücksichtigung forschungspolitischer Prioritäten Einsparungen an sinnvoller Stelle vorzunehmen. Die Beschlüsse des Ausschusses für Forschung und Technologie zur Grundlagenforschung (Drucksachen 8/3879 und 8/3140) sowie zum Bundesforschungsbericht VI (Drucksachen 8/3024 und 8/3858) sind hierbei der Leitfaden.

I. Wesentliche Ziele müssen dabei sein:

1. Eine angemessene und stetige Förderung der Grundlagenforschung, ohne daß dies zu

einer verstärkten inhaltlichen Einflußnahme des Staates auf Wissenschaft und Forschung führt. Der enger gewordene Finanzrahmen erfordert, daß im Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik Kriterien für die Forschungsförderung von Großinvestitionen entwickelt werden.

2. Zur Modernisierung der Wirtschaftsstruktur unseres Landes beizutragen unter Berücksichtigung des Grundsatzes einer vorausschauenden marktwirtschaftlichen Strukturpolitik.
3. Eine verstärkte Kooperation zwischen Hochschule, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Wirtschaft, Industrie und Verwaltung, um den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse sicherzustellen und zu verbessern.
4. Durch Investitionen im Bereich der Forschung und Entwicklung insbesondere die Einrichtung neuer qualifizierter Arbeitsplätze zu bewirken und damit auf die Beschäftigungslage unmittelbar einzuwirken sowie beizutragen zur Sicherung erhaltenswerter Arbeitsplätze und Substitution strukturell gefährdeter Arbeitsplätze.
5. Die Befürwortung der direkten, projektgebundenen staatlichen Forschungs- und Entwicklungsförderung, wenn Risiko und Finanzbedarf zur Durchführung eines Vorhabens für das einzelne Unternehmen zu groß sind, die internationale Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen ist oder staatliche Aufgaben, die von gesamtgesellschaftlichem Interesse sind wie z. B. Gesundheitswesen, Umweltschutz oder Verbesserung der Lebensbedingungen zu erfüllen sind.
6. Die Ausrichtung des Förderinstrumentariums auf die Unterstützung der Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen kleiner und mittlerer Unternehmen und Vermeidung einer einseitigen Begünstigung von Großunternehmen.
7. Die Bundesregierung und die beteiligten Ausschüsse des Deutschen Bundestages werden aufgefordert, das Instrumentarium der indirekten Forschungsförderung kritisch zu überprüfen und Vorschläge zu unterbreiten, die weitere Maßnahmen berücksichtigen wie z. B.
 - steuerliche Vergünstigungen,
 - erhöhte Abschreibungen für Investitionen im Forschungs- und Entwicklungsbereich,
 - Verfügbarmachung von Risikokapital,
 - steuerliche Entlastung bei Patent- und Lizenzentnahmen,
 - erhöhte steuerliche Berücksichtigung der Aufwendungen für externe Vertragsforschung,
 - indirekt spezifische Förderung von F + E,

— Bewertung und Fortentwicklung der Personalkostenzulage.

8. Überprüfung der Ressortzuständigkeit auf Bundesebene für einzelne Forschungsinstitutionen.
 9. Eine Verbesserung der Mobilität und mehr individuelle Entwicklungsmöglichkeit der in Forschung und Lehre Tätigen und des wissenschaftlichen Nachwuchses durch eine Reform der Personalstruktur im Sinne einer größeren Offenheit und Durchlässigkeit und mehr Übergangsmöglichkeiten aus der Forschung und Lehre in Industrie, Wirtschaft und Verwaltung.
- II. Der Ausschuß für Forschung und Technologie fordert die Bundesregierung auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:
1. Stärkere Beteiligung von Errichtern, Betreibern und Nutzern von Demonstrationsanlagen an den Kosten für Entwicklung, Errichtung und Betrieb. Insbesondere soll die Elektrizitätswirtschaft sich an den Kosten für die Errichtung von Demonstrationsprojekten für fortgeschrittene Reaktorlinien stärker beteiligen.
Der Deutsche Bundestag möge in diesem Zusammenhang beschließen, den Plafond für die Förderung der fortgeschrittenen Reaktortypen SNR 300 und THTR 300 auf der Grundlage des Haushaltsansatzes 1982 festzuschreiben.
 2. Beschränkung der staatlichen Zuschüsse zu großtechnischen Vorhaben auf den risikoreichen, marktfernen Anteil an Forschung und Entwicklung und Übernahme der Restkosten oder Rückzahlung der staatlichen Forschungsaufwendungen durch die künftigen Nutzer.
 3. Das Instrument der Drittmittelfinanzierung in Hochschulen und staatlichen Forschungseinrichtungen muß unabhängig von staatlicher Einflußnahme einzusetzen sein und sollte nicht zur Reduzierung anderer staatlicher Verpflichtungen für Forschung und Entwicklung führen.
 4. In den Großforschungseinrichtungen sind strukturelle und organisatorische Veränderungen einzuleiten, die eine stärkere Differenzierung nach Service-Funktionen, Grundlagenforschung und angewandter Forschung ermöglichen. Einzubeziehen ist die Überprüfung der Möglichkeiten einer Dezentralisierung.
 5. Im Bereich der angewandten Forschung ist den Großforschungseinrichtungen eine höhere Eigenfinanzierung nach dem Vorbild der Fraunhofer-Gesellschaft zu ermöglichen.
 6. Überprüfung der Mischfinanzierung gemäß Artikel 91 b Grundgesetz, z. B. blaue Liste und Reduzierung des Verwaltungsaufwandes durch eine eindeutige Bund- oder Länder-Zuständigkeit.

7. Die Forschungsverwaltung ist auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken; der Aufwand für Berater, Projektträger und Begleiter ist deutlich zu reduzieren.

III. Der Ausschuß für Forschung und Technologie beschließt mehrheitlich:

1. Die Rad-Schiene-Technik soll unter Beteiligung der Bundesbahn so gefördert werden, daß sich der Schwerpunkt der Forschungsförderung auf den Bau von Versuchsfahrzeugen konzentriert. Als Versuchsstrecke empfiehlt der Ausschuß für Forschung und Technologie eine Neubau- oder Schnellfahrt-Versuchsstrecke der Deutschen Bundesbahn. Beim Bau einer besonderen Versuchsstrecke Rheine-Freren ist aus Mitteln des BMFT nur eine forschungsbezogene Beteiligung sinnvoll.
2. Bei der Förderung des TV-Satelliten ist eine Beteiligung der Deutschen Bundespost im Sinne von II, 1 + 2 erforderlich.
3. Bei der Brennelementeentwicklung für Leichtwasserreaktoren ist der finanzielle Anteil der Industrie zu erhöhen. Die Bundesregierung wird aufgefordert zu prüfen, wie eine Verbesserung der Industriestruktur, der Kooperation und der Konzentration der beteiligten Unternehmen zu erreichen ist und hierzu dem Ausschuß für Forschung und Technologie zu berichten.
4. Die Verträge über die Förderung der Urananreicherungstechniken sind so zu gestalten, daß die Fördermittel vor der eigenen Gewinnentnahme voll an den Bund zurückfließen.
5. Die bisher nicht verwirklichten Großprojekte der Grundlagenforschung aus der ersten Projektliste werden wegen der knappen Finanzmittel nicht mehr realisiert.

16. Ausschuß für Bildung und Wissenschaft (19. Ausschuß)

Zu Einzelplan 05

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft hat im Bereich der Auswärtigen Kulturpolitik mit Mehrheit beschlossen, dem Haushaltsausschuß zu empfehlen, die vorgesehene Streichung des Zuschusses an den World University-Service (Einzelplan 05, S. 81) zu überprüfen.

Zu Einzelplan 31

- 1a. **Zu Kapitel 31 03 Titel 681 03 (Stipendien für den Auslandsaufenthalt junger deutscher Akademiker und Wissenschaftler)**

Der Ansatz sollte um 0,8 Mio. DM auf 22 Mio. DM erhöht werden.

1b. Zu Kapitel 31 05 Titel 681 32 (Austausch von Wissenschaftlern mit dem Ausland)

Der Ansatz sollte von 0,2 Mio. DM auf 4,2 Mio. DM erhöht werden.

Deckungsvorschlag

Die genannten Titel werden für deckungsfähig mit dem Titel 681 05 in Kapitel 31 03 (Heisenberg-Programm) erklärt. Unter Kürzung des Ansatzes für das Heisenberg-Programm von 9,5 auf 7 Mio. DM wird ein Betrag von 1 Mio. DM auf die beiden genannten Titel umgeschichtet.

Begründung

Der Ansatz für das Heisenberg-Programm kann zur Zeit gekürzt werden, vor allem weil eine unerwartet hohe Zahl von Stipendiaten Rufe auf Professoren- und vergleichbare Stellen erhalten hat (1981: 24 Fälle) und die Stipendien deshalb nicht über die volle Laufzeit in Anspruch genommen werden. Der vorgeschlagene neue Ansatz entspricht dem Beratungsergebnis zwischen Bund und Ländern. Für 1983 sollten allerdings wieder höhere Ansätze veranschlagt werden.

Die Ansätze bei den beiden anderen genannten Titeln liegen auf der Höhe des Vorjahres und würden daher angesichts der veränderten finanziellen Rahmenbedingungen (hohe Inflationsraten und erhöhte Studiengebühren, z. B. in England und Nordamerika) die tatsächlichen Förderungsmöglichkeiten in den bestehenden auslandsbezogenen Programmen erheblich einschränken. Die vorgeschlagenen Erhöhungen würden es erlauben, wenigstens den bisherigen Stand der Stipendien- und Austauschprogramme im wesentlichen zu halten.

Die vorgeschlagene Empfehlung wurde einstimmig beschlossen.

2. Zu Kapitel 31 04 Titel 685 22 (Zuschüsse zu den laufenden Kosten einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte für Ausbildungspersonal)

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft bittet den Haushaltsausschuß dafür zu sorgen, daß die Arbeit des Ausbilderförderungs zentrums e. V. (AFZ) — bei unveränderten Titelanätzen — auf Dauer gesichert wird und ohne vermeidbare bürokratische Einschränkungen zu den erforderlichen innovatorischen Ergebnissen geführt werden kann.

Die 1979 von den Organisationen der Arbeitgeber und Gewerkschaften — nach einer längeren Vorlaufphase — gemeinsam begründete zentrale Einrichtung der Ausbilderqualifizierung, das Ausbilderförderungs zentrum e. V. (AFZ), ist für die Zukunft der beruflichen Bildung von besonderer Bedeutung. Die wesentlichen laufenden Kosten, insbesondere die Personalausgaben und sächlichen Verwaltungsausgaben, sollten durch Zuschüsse gedeckt werden, damit die Entwicklungsarbeiten möglichst unabhängig von der Erzielung von Eigeneinnahmen

durch die Veranstaltung von Lehrgängen durchgeführt werden können.

Die vorstehende Empfehlung wurde mit den Stimmen von SPD und FDP — bei Stimmenthaltung der CDU/CSU — beschlossen.

Nicht die Zustimmung der Mehrheit fanden folgende Anträge der CDU/CSU:

1. Zu Kapitel 31 02 Titelgruppe 01 (Förderung von Versuchs- und Modelleinrichtungen und -programmen im Bereich des Bildungswesens)

Die freien, nicht durch Verpflichtungsermächtigung gebundenen Mittel zur Förderung von Versuchs- und Modelleinrichtungen im Bildungswesen werden gekürzt und in gleicher Höhe auf Kapitel 31 05 Titel 882 05 (Studentenwohnraumförderung) übertragen.

2. Zu Kapitel 31 05 Titel 685 04 (Förderung hochschulbezogener zentraler Maßnahmen studentischer Organisationen und Verbände)

Die Zuwendungen an die Vereinigten deutschen Studentenschaften werden gestrichen.

17. Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit (20. Ausschuß)**Zu Einzelplan 10 Kapitel 10 02**

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hält es für erforderlich, daß sich die FAO einer externen Effizienz-Kontrolle unterwirft.

Die Bundesregierung sollte ersucht werden, in der FAO darauf zu drängen, daß sich diese VN-Organisation einer externen Effizienzkontrolle unterwirft, um eine effektivere Mittelverwendung zu erreichen. Die Bundesregierung sollte in diesem Zusammenhang ferner ersucht werden,

- den Haushalt der FAO für die Jahre 1982 und 1983 abzulehnen und zu versuchen, andere Hauptbeitragszahler zu einem entsprechenden Abstimmungsverhalten zu bewegen,
- die Auszahlung der Pflichtbeiträge an die FAO im Rahmen des Möglichen und Zulässigen hinauszuschieben.

Zu Einzelplan 23**I. Angenommene Anträge für Empfehlungen an den Haushaltsausschuß**

1. Die Verpflichtungsermächtigungen für die technische Zusammenarbeit im weiteren Sinne im Einzelplan 23 sollen künftig zu Lasten der Verpflichtungsermächtigungen für die finanzielle Zusammenarbeit erhöht werden.
(Mehrheit)

2. In Titel 685 01 (Berufliche Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer) werden der Baransatz und die Verpflichtungsermächtigung um je 10 Mio. DM erhöht. Dies soll besonders dem Aus- und Fortbildungsprogramm der DSE und dem Stipendienprogramm der Otto-Benecke-Stiftung zugute kommen. Es ist zu prüfen, ob die Stipendienprogramme, die aufgrund der Erfahrungen mit dem Programm für das südliche Afrika begrüßt werden, verstärkt und auf Gesamtafrika ausgeweitet werden können. (Einstimmigkeit)
3. In Titel 685 08 (Förderung von Entwicklungsländern durch Zuschüsse an integrierte Fachkräfte) wird der Baransatz um 2 Mio. DM erhöht. (Einstimmigkeit)
4. In Titel 686 04 (Förderung der gesellschaftspolitischen Bildung in Entwicklungsländern) werden der Baransatz und die Verpflichtungsermächtigung um jeweils 10 Mio. DM erhöht. Die zusätzlichen Mittel bei den Verpflichtungsermächtigungen und 5 Mio. DM der zusätzlichen Mittel beim Baransatz sind vorrangig für die Nachbetreuung der Stipendiaten einzusetzen. (Einstimmigkeit)
5. In Titel 686 06 (Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben privater Träger in Entwicklungsländern) werden der Baransatz um 5 Mio. DM und der Ansatz der Verpflichtungsermächtigungen um 10 Mio. DM erhöht. (Einstimmigkeit)
6. In den Erläuterungen zu Titel 831 01 (DEG) werden der letzte Satz des ersten Absatzes und der vorletzte Absatz gestrichen. (Einstimmigkeit)
7. Aus den Titeln 866 01 (Bilaterale finanzielle Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern) und 866 03 (Sofortmaßnahmen der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit) sollen Hilfeleistungen an die Türkei bis zur Erfüllung der in der Bundestagsentschließung auf Drucksache 9/531 zum Ausdruck gebrachten Erwartungen nicht geleistet und insoweit qualifizierte Sperren ausgebracht werden. Die Aufhebung der Sperren bedarf der Zustimmung des Haushaltsausschusses und

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit. (Einstimmigkeit)

8. In Titel 866 07 (Förderung der wirtschaftlichen Umsetzung neuer Technologien durch deutsche Unternehmen in Entwicklungsländern) wird der Baransatz um 2 Mio. DM erhöht. (Einstimmigkeit)
9. In Titel 896 04 (Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der Kirchen in Entwicklungsländern) werden der Baransatz und die Verpflichtungsermächtigung um jeweils 10 Mio. DM erhöht. (Mehrheit)
10. Die Deckung für die empfohlenen Titelerhöhungen erfolgt aus den Titeln 866 01 (Bilaterale finanzielle Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern) und 866 03 (Sofortmaßnahmen der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit) nach Prüfung der vorgesehenen Projekte. (Einstimmigkeit)

II. Keine Mehrheit fanden im Ausschuß:

11. Die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 23 für die kommenden Jahre werden grundsätzlich relativ gekürzt, etwa in einer Größenordnung von zwischen 3 v. H. und 5 v. H.
12. In Titel 831 01 (DEG) wird der Baransatz um 25 Mio. DM erhöht.
13. In Titel 866 05 (Förderung von Niederlassungen deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern) wird der Baransatz um 20 Mio. DM erhöht.
14. In Titel 686 03 (Förderung der Sozialstruktur in den Entwicklungsländern durch bilaterale Maßnahmen) wird der Baransatz um 15 Mio. DM erhöht.

Zu Einzelplan 23

Der Ausschuß hat sich ferner eingehend mit der Neuordnung des Bereichs der Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer befaßt. Er hat hierzu als zuständiger Fachausschuß einstimmig eine Empfehlung verabschiedet, die inzwischen dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit zugeleitet worden ist.

C. Besonderer Teil

Ziel der Beratungen des Ausschusses war es, den mit dem Haushaltsjahr 1981 eingeleiteten Prozeß der Konsolidierung der Staatsfinanzen behutsam fortzusetzen, ohne zusätzliche Risiken für die Konjunktur und die Lage auf dem Arbeitsmarkt auszulösen. Die Struktur der Ausgaben des Bundes wurden gründlich unter Einbeziehung der vielfältigen Subventionen und Zuwendungen durchleuchtet. Der Ausschuß war darum bemüht, die Nettokreditaufnahme auf einem möglichst niedrigen Stand zu halten, die Ausgaben durch maßvolles Sparen zurückzuführen und die globale Minderausgabe so niedrig wie nur möglich anzusetzen. Durch den zeitlichen Abstand zwischen dem Zeitpunkt der Erstellung des Entwurfs eines Bundeshaushaltsplans 1982 schon im Frühsommer 1981 und den Ausschußberatungen ergaben sich aufgrund veränderter konjunktureller und arbeitsmarktpolitischer Daten zusätzliche Schwierigkeiten, die sich im Ergebnis der Steuerschätzung widerspiegelten. Hinzu traten im Ergebnis des Vermittlungsverfahrens zwischen Bundesrat und Bundestag erhebliche Mindereinnahmen des Bundes und Ausgabenerhöhungen zu seinen Lasten. Diese Veränderungen mußten im Verlauf der Ausschußberatungen umgesetzt werden. Die Ergebnisse sind im Teil D aufgeführt.

Der Ausschuß war darauf bedacht, auch für das Haushaltsjahr 1982 konsumtive Ausgaben zugunsten von investiven Ausgaben zu drosseln. So wurden beispielsweise zusätzliche Leistungen für wirtschaftliche Anpassungsprozesse in der Stahlbranche erbracht und Fertigungskapazitäten und Arbeitsplätze im Schiffbau gesichert. Humanitäre Hilfeleistungen werden fortgeführt. Andererseits wurden wie schon 1981 erhebliche Personaleinsparungen beschlossen. Bundesverwaltung und Zuwendungsempfänger haben 3 800 Stellen zu erwirtschaften. Nur der Bundesrechnungshof erhielt eine personelle Verstärkung in seiner Bonner Dienststelle, um eine orts- und zeitnähere begleitende Haushaltskontrolle zu ermöglichen.

Trotz erheblicher zusätzlicher Anforderungen an den Bundeshaushalt 1982 konnte die Nettokredit-

aufnahme auf rund 26,8 Mrd. DM begrenzt werden. Der Ausschuß erwartet, daß sich diese Tatsache positiv auf die Entwicklung der Zinsen und damit auf die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft und die Arbeitsmarktsituation auswirkt.

Von besonderer Bedeutung war die Korrektur der globalen Minderausgabe von 1,42 Mrd. DM auf nunmehr 0,8 Mrd. DM. Bewirtschaftungsmaßnahmen werden überflüssig, Störungen beim Haushaltsvollzug werden vermieden.

Der Ausschuß geht insgesamt davon aus, daß sich die Ergebnisse der Haushaltsberatungen unter Einbeziehung des 2. Haushaltsstrukturgesetzes sowie der Begleitgesetze positiv auf die Konjunktur- und Arbeitsmarktlage auswirken werden und daß der Prozeß des Abbaus der Staatsverschuldung fortgesetzt wird.

Die CDU/CSU als Minderheit im Ausschuß konnte sich dieser positiven Würdigung nicht anschließen. Sie hält die Titelansätze der Einzelpläne nicht für realistisch und befürchtet daher, daß auch der Bundeshaushalt 1982 schon bald in wesentlichen Bereichen überholt ist, etwa hinsichtlich der Zuschüsse des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit oder der für die Landesverteidigung aufzubringenden Mittel. Sie hält es auch nicht für vertretbar, die Bundesbankgewinne in einer Höhe von 10,5 Mrd. DM zur Haushaltsfinanzierung zu verwenden und die investiven Ausgaben auch in diesem Jahr zu senken. Die Minderheit bedauert es darüber hinaus, daß ihr Antrag, zur Entlastung des Bundeshaushalts und zur Vermeidung ungerechter Sonderopfer alle Leistungen und Subventionen generell um 5 v. H. zu kürzen, abgelehnt worden ist.

Im übrigen hält es die CDU/CSU nicht für vertretbar, die Haushaltsberatungen künftig unter derartigem Zeitdruck wie in diesem Jahr durchzuführen. Sie erwartet deshalb, daß die Bundesregierung realistische Haushaltsvorlagen vorlegt und es nicht dem Haushaltsausschuß überläßt, die erforderlichen Korrekturen vorzunehmen.

D. Finanzielles Ergebnis der Beratungen

Der Bundeshaushaltsplan 1982 schließt mit einem Ausgabe- und Einnahmenvolumen von 240 510 Mrd. DM ab und weist damit gegenüber dem Regierungsentwurf ein um 259 Mio. DM verringertes Volumen auf. Allerdings mußte dabei die Netto-

kreditaufnahme geringfügig von 26,5 Mrd. DM auf 26 774 Mrd. DM erhöht werden.

Die finanziellen Ergebnisse der Beratungen im Ausschuß im einzelnen und auf die Einzelpläne bezogen sehen wie folgt aus:

Veränderungen aufgrund der Beschlüsse des Haushaltsausschusses (HA)

– Stand 11. Dezember 1981 –

Gesamtüberblick

	Mio. DM *)
1. Ausgaben	
Regierungsentwurf	240 769
Änderungsvorschläge der Bundesregierung vom 28. Oktober 1981	– 300
Regierungsentwurf neu	240 469
Beschlüsse des Haushaltsausschusses	+ 42
Neues Ausgabevolumen	<u>240 510</u>
Investitionen Regierungsentwurf 33 078	
Beschlüsse des Haushaltsausschusses – 655	
2. Einnahmen – ohne Kredite –	
Regierungsentwurf	214 269
davon	
Steuern 195 528	
Verwaltungseinnahmen 18 200	
Münzeinnahmen 540	
Änderungsvorschläge der Bundesregierung vom 28. Oktober 1981	– 300
davon	
Steuern – 4 200	
Verwaltungseinnahmen + 3 900	
Beschlüsse des Haushaltsausschusses	
Steuern nach Steuerschätzung	– 1 028
Verwaltungseinnahmen	+ 796
Neues Einnahmenvolumen	<u>213 736</u>
davon	
Steuern 190 300	
Verwaltungseinnahmen 22 896	
Münzeinnahmen 540	
3. Nettokreditaufnahme	
Regierungsentwurf	26 500
Veränderungen Ausgabenseite	– 259
Veränderungen Einnahmenseite	+ 533
Neue Nettokreditaufnahme	<u>26 774</u>

*) Differenzen durch Rundung

Stand: 11. Dezember 1981

**Finanzielle Ergebnisse der Beratungen des Haushaltsentwurfs 1982
im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages**

Ausgaben

EPL. Ressort	Ergebnis Haushaltsausschuß					
	Regierungs- entwurf	Erhöhungen	Herab- setzungen	mehr (+) weniger (-) (Saldo)	Nachrichtlich Personal- verstärkungs- mittel	Neuer Ansatz
	in tausend DM					
1	2	3	4	5	6	7
01 BPRA	15 406	327	65	+ 262	(+ 322)	15 668
02 BT	358 066	7 777	1 319	+ 6 458	(+ 3 075)	364 524
03 BR	9 895	330	245	+ 85	(+ 214)	9 980
04 BK	414 061	8 925	7 431	+ 1 494	(+ 9 990)	415 555
05 AA	2 272 125	35 277	88 936	— 53 659	(+ 30 622)	2 218 466
06 BMI	3 473 895	71 680	47 668	+ 24 012	(+ 68 966)	3 497 907
07 BMJ	354 531	11 884	5 826	+ 6 058	(+ 9 631)	360 589
08 BMF	3 090 610	235 421	11 449	+ 223 972	(+ 69 735)	3 314 582
09 BMWI	4 624 343	242 205	253 618	— 11 413	(+ 12 671)	4 612 930
10 BML	5 981 923	132 769	16 986	+ 115 783	(+ 10 904)	6 097 706
11 BMA	54 371 032	801 683	1 325 671	— 523 988	(+ 3 601)	53 847 044
12 BMV	24 661 433	864 758	750 566	+ 114 192	(+ 40 020)	24 775 625
13 BMP	16 147	16	—	+ 16	(+ 16)	16 163
14 BMVG	43 828 000	893 557	460 591	+ 432 966	(+ 758 923)	44 261 294
15 BMJFG	18 214 694	555 958	44 080	+ 511 878	(+ 21 364)	18 726 572
19 BVERFG	12 122	293	251	+ 42	(+ 363)	12 164
20 BRH	39 431	1 897	29	+ 1 868	(+ 1 178)	41 299
23 BMZ	6 106 201	117 859	193 916	— 76 057	(+ 1 962)	6 030 144
25 BMBAU	4 741 403	370 410	83 540	+ 286 870	(+ 2 362)	5 028 273
27 BMB	422 267	17 503	387	+ 17 116	(+ 4 527)	439 383
30 BMFT	6 536 427	353 034	310 948	+ 42 086	(— 1 373)	6 578 513
31 BMBW	4 441 534	12 483	16 923	— 4 440	(+ 1 613)	4 437 094
32 BSCHUL	26 162 074	746 001	907 557	— 161 556	(+ 497)	26 000 518
33 VERSOR	9 811 672	419 900	17 156	+ 402 744	(+ 402 744)	10 214 416
35 VTDGL	1 405 150	18 605	—	+ 18 605	(+ 18 605)	1 423 755
36 Z.VTDG	769 259	5 593	7 705	— 2 112	(+ 6 363)	767 147
60 A.FIN.	18 634 799	822 500	2 454 282	— 1 631 782	(— 1 478 895)	17 002 689
Summe	240 768 500	6 748 645	7 007 145	— 258 500	—	240 510 000

Stand: 11. Dezember 1981

**Finanzielle Ergebnisse der Beratungen des Haushaltsentwurfs 1982
im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages**

Einnahmen

EPL. Ressort	Ergebnis Haushaltsausschuß				
	Regierungs- entwurf	Erhöhungen	Herab- setzungen	mehr (+) weniger (-) (Saldo)	Neuer Ansatz
	in tausend DM				
1	2	3	4	5	6
01 BPRA	37	—	—	—	37
02 BT	1 507	—	—	—	1 507
03 BR	11	—	—	—	11
04 BK	2 623	—	—	—	2 623
05 AA	37 820	375	—	+ 375	38 195
06 BMI	35 576	—	—	—	35 576
07 BMJ	227 472	150	—	+ 150	227 622
08 BMF	804 785	90	—	+ 90	804 875
09 BMWI	223 989	13 328	—	+ 13 328	237 317
10 BML	333 254	100	—	+ 100	333 354
11 BMA	283 215	—	7 963	- 7 963	275 252
12 BMV	1 041 251	17 493	93	+ 17 400	1 058 651
13 BMP	3 973 400	105 000	—	+ 105 000	4 078 400
14 BMVG	528 969	5 100	8 000	- 2 900	526 069
15 BMJFG	58 439	7 963	1 000	+ 6 963	65 402
19 BVERFG	112	—	—	—	112
20 BRH	29	—	4	- 4	25
23 BMZ	898 605	1 000	—	+ 1 000	899 605
25 BMBAU	755 634	73 068	5 000	+ 68 068	823 702
27 BMB	1 250	—	14	- 14	1 236
30 BMFT	70 539	—	9	- 9	70 530
31 BMBW	108 064	3 002	—	+ 3 002	111 066
32 BSCHUL	27 456 406	274 000	—	+ 274 000	27 730 406
33 VERSOR	122 000	—	—	—	122 000
35 VTDGL	244 830	—	—	—	244 830
36 Z.VTDG	22 897	—	750	- 750	22 147
60 A.FIN.	203 535 786	6 791 768	7 528 104	- 736 336	202 799 450
Summe	240 768 500	7 292 437	7 550 937	- 258 500	240 510 000

Anmerkung: Im EPL. 60 (Spalte 5) Steuermindereinnahmen = 5 228 000

Im EPL. 32 (Spalte 6) Nettokreditaufnahme = 26 774 000

Bonn, den 11. Januar 1982

Walther Hoppe Dr. Riedl (München)
Berichterstatter

